



# PRESSEBERICHT

TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM  
SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61  
FERNSPRECHER 80186

DIESER PRESSEBERICHT ERSCHEINT ZWEIWÖCHENTLICH IN DEUTSCHER,  
ENGLISCHER, FRANZÖSISCHER, SCHWEDISCHER UND SPANISCHER SPRACHE,  
SOWIE IN ESPERANTO

No. 24.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.) Amsterdam, den 11. November 1932

## EISENBAHNER

Die Verelendung des Eisenbahnpersonals. (ITF) Eine in der Tschechoslowakei vorgenommene Untersuchung über die Einkommensverhältnisse der in einer Dienststelle der tschechoslowakischen Staatsbahnen beschäftigten 408 Eisenbahner (worunter 17 Beamte, 105 Unterbeamte und Bedienstete und 286 Hilfsbedienstete und Vertragsarbeiter) hatte folgendes Resultat (von den Löhnen sind die Beiträge für Unterstützungs-, Pensions- etc. Kassen bereits abgezogen):

<u>Anzahl der Bediensteten</u>	<u>Monatslohn</u> Kö.
65	400 - 500
157	500 - 600
45	600 - 700
44	700 - 800
32	800 - 900
24	900 - 1 000
41	1000 - 3 200

Von diesen 408 Bediensteten haben 367 ein Einkommen von 400 bis 1 000 Kronen (= 50.- bis 125.- RM) im Monat. Die deutschen Streckenarbeiter verdienen z. B. 125 RM monatlich, die lettländischen 80 bis 90 Lats (= 64 bis 72 RM), die englischen 190 s. 6 d. (= ca. 133 RM).

Rückgang des Eisenbahnverkehrs. (ITF) In Millionen Tonnenkilometer ausgedrückt, ist nachgewisenermassen der Eisenbahnverkehr in einzelnen Ländern wie folgt zurückgegangen:

	<u>Österreich</u>	<u>Deutschland</u> Reichsbahn	<u>Italien</u>	<u>Kanada</u>	<u>Vereinigte</u> <u>Staaten</u>
Dezember 1928		4 715	1 030	6 808	54 961
Dezember 1929		4 874	1 031	3 767	52 618
Dezember 1930	245	3 846	879	3 607	42 377
Dezember 1931	249	2 839	801	3 024	33 088
Juli 1932	218	3 045	?	2 614	27 835

Lohnherabsetzung in Irland gefordert. (ITF) Die irischen Eisenbahnen wollen ab 26. November 1932 die Eisenbahnerlöhne um 10% und ab 27. Mai 1933 um 5% kürzen. Der englische Eisenbahnerverband (N.U.R.) hat von vornherein diese Forderung zurückgewiesen.

Personalabbau in Indien. (ITF) Ausser den bereits kürzlich entlassenen 200 Werkstättenarbeitern beabsichtigt nun die Eisenbahngesellschaft "Bombay, Barode and Central Indian Ry." weitere 750 Werkstättenarbeiter in Parel und Ajmere zu entlassen.

Lohnsenkung in Argentinien. (ITF) Die Personalvertreter der argentinischen Eisenbahngesellschaften "Cordoba Central", "Entre Rios" und "Nord-Ost" haben in eine Lohnherabsetzung eingewilligt. Die diesbezüglichen Zahlen fehlen uns noch.

Die Lage der italienischen Staatsbahnen.(ITF) Das Defizit der italienischen Staatsbahnen, das im Betriebsjahr 1930/31 (Juni bis Juni) 504 Millionen Lire betrug, ist i. J. 1931/32 auf 4 274 Millionen angewachsen. In den Monaten Juli, August und September beträgt es allein 1 054 Millionen. Der Güterverkehr ist von 60 Millionen Tonnen i. J. 1929 auf 27,6 Millionen im Laufe der ersten 9 Monate eingeschrumpft.

Verminderung des Personalbestandes bei den dänischen Eisenbahnen (ITF) Von August 1931 bis August 1932 ist die Zahl der Bediensteten bei den dänischen Staatsbahnen von 22 547 auf 20 551, d. i. eine Verminderung um 1 996 Mann, zurückgegangen. Die einzelnen Gruppen werden davon wie folgt betroffen: 243 Beamte, 98 festangestellte Bedienstete und 1 655 Zeitarbeiter.

Gegen den Gehaltsabbau in Holland.(ITF) Wie bereits mitgeteilt, hat die holländische Eisenbahndirektion, durch die Regierung veranlasst, mit Wirkung ab 1. Januar 1933 eine weitere Gehaltsreduktion von 5% gefordert. Bei einem Vergleich der 1921 gezahlten Löhne mit den jetzt geforderten ergibt sich ein Abbau von nahezu 25%.

Die 5 Organisationen, bei denen fast das gesamte Personal organisiert ist, führen eine gemeinsame Aktion gegen die Verschlechterung der Löhne; die Verbände sind der Ansicht, dass "die Betriebseinnahmen der Bahnen für die Arbeitsbedingungen des Personals auf keinen Fall einen entscheidenden Faktor bilden können. Die der I.T.F. angeschlossene Organisation hat am 9. November etwa 40 Bezirksversammlungen abgehalten und am 27. November wird sie in Utrecht, dem Sitze der Direktion, gemeinsam mit den neutralen Eisenbahnverbänden eine von einer Demonstration gefolgte Protestversammlung abhalten. Die konfessionellen (der protestantische und der katholische) Verbände können wegen ihrer Abhängigkeit von der Geistlichkeit sich nicht an dieser gemeinsamen Kundgebung beteiligen. Sie werden aber selbst eine Versammlung abhalten, wo die gleichen Forderungen behandelt werden.

Protestbewegung in Holländisch-Indien.(ITF) Die Organisation des europäischen Eisenbahnpersonals in Niederländisch-Indien (Spoorbond) und des einheimischen Personals (Perhimpoen Beamten Spoor dan Tram) -- letztere ist erst seit kurzem Mitglied der I.T.F. -- haben am 3. November in Batavia und am 6. November in Bandung zwei imposante Protestversammlungen gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgehalten.

Vom Internationalen Eisenbahnverband.(ITF) Der Geschäftsausschuss der Eisenbahn-Unternehmer-Internationale hielt vom 3. Bis 5. November d. J. in Paris Sitzungen ab, in denen er sich u. a. auch mit der Frage der automatischen Kupplung und deren Einführung, die auch auf der Tagesordnung der Madrider Sitzung des Verwaltungsrates des I.A.A. steht, befasst hat. Dem Internationalen Eisenbahnverband gehören zurzeit 57 Eisenbahnverwaltungen mit einem Eisenbahnnetz von 360 000 km Streckenlänge an.

Die Diktatur der französischen Eisenbahnen hat lange genug gedauert.(ITF) Der französische Minister für Öffentliche Arbeiten hat den Bahngesellschaften einen Vorschlag zur Fusion unterbreitet, auf den sie aber nicht eingegangen sind. Der Minister hat erklärt, dass der Vertrag aus dem Jahre 1921 für die Eisenbahnen im 12 Jahren 10 Verlustjahre mit sich gebracht hat, dass der gemeinsame Fonds einen grundlegenden Irrtum bedeute und dass die Tochtergesellschaften der Bahnunternehmen gesetzwidrig seien. Das Defizit der französischen Eisenbahnen wird sich im Geschäftsjahre 1932 auf 4 600 Millionen Franken belaufen. Um dasselbe wieder gutzumachen, schlagen die Gesellschaften vor:

- a) eine Tarifierhöhung (800 Millionen);
- b) eine Herabsetzung der an den Staat abzuführenden Verkehrssteuern ausschliesslich zugunsten der Gesellschaften (von 875 Millionen);
- c) Erhöhung der Gebühren für Transporte, auf Rechnung des Staates ausgeführt (für Post-, Telegraphen- und Telephonämter, Heer, Justizverwaltung etc. -- 600 Millionen);

- d) Abwälzung der sozialen Lasten der Gesellschaften auf den Staat (175 Millionen);
- e) Lohnherabsetzung (900 Millionen, d. i. über 10%).

Die Gesellschaften verlangen ferner Freiheit in verwaltungstechnischer Beziehung, wodurch sie die kleinen Kraftverkehrsunternehmen zugrunde richten könnten, und alle Freiheit in technischer Beziehung, d. h. das Recht, die Züge ausfallen zu lassen, die ihnen dazu geeignet erscheinen und ihre eigenen Kraftwagen auf jedem beliebigen Verkehrsweg fahren zu lassen.

Dieses Mal werden sich aber Personal und Staat zu wehren wissen.

Das Defizit der dänischen Staatsbahnen. (ITF) Das Defizit der dänischen Staatsbahnen belief sich im Monat September auf ca. Kr. 1 460 000, d. s. 1 070 000 mehr als im September 1931. Im September stiegen die Einnahmen aus dem Personenverkehr um Kr. 430 000, diejenigen aus dem Güterverkehr um Kr. 930 000, während die Einnahmen für Posttransporte um Kr. 60 000 geringer waren als im September 1931. Die Ausgaben verminderten sich um Kr. 310 000.

Die dänischen Eisenbahnen setzen die Fahrpreise herab. (I.T.F.) Ab 1. Dezember sind die Hin- und Rückfahrten, welche die dänischen Eisenbahnen herausgegeben haben, statt wie bisher 2 Tage und am Sonntag, für die Dauer voller 8 Tage gültig. An Gruppen von mindestens 4 Personen, die zusammen ein Hin- und Rückreisebillet für eine Strecke von mindestens 30 km nehmen, werden Sonderfahrkarten zu einem Satze verabfolgt, der um ein Drittel des Preises einer einfachen Fahrkarte ermässigt ist. Durch diese Massnahme soll gegen die Konkurrenz der Kraftwagen vorgegangen werden, denn bisher war es für eine Gruppe von 4 Personen oft vorteilhafter, ein Auto, statt der Strassenbahn, zu benutzen.

#### SONSTIGE TRANSPORTARBEITER.

Der Berliner Verkehrstreik. (I.T.F.) Nachdem man am 25. Oktober annehmen konnte, es sei zwischen den Vertretern der Berliner Verkehrs-Gesellschaft und denjenigen des Personals eine Vereinbarung über einen ab 1. November durchzuführenden Lohnabbau von 2 Pfennig zustande gekommen, mussten doch wieder Verhandlungen zwischen dem Vorstand der BVG und den Gewerkschaften aufgenommen werden, die ergebnislos verliefen. Die BVG rief daraufhin den Schlichtungsausschuss Berlin an, der am Abend des 3. November einen Schiedsspruch fällte, nach dem der Manteltarif bis zum 31. März 1933 verlängert werden soll. Er soll für ein weiteres Jahr Gültigkeit haben, wenn er nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird. Das Lohnabkommen wird nach dem Schiedsspruch mit der Massgabe ebenfalls verlängert, dass am 1. November bei den Löhnen aller Gruppen ausser den Fahrkartenausgeberinnen eine Lohnsenkung um zwei Pfennig pro Stunde eintreten soll.

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten diesen Schiedsspruch ab, während ihn die Vertreter der BVG annahmen und die Verbindlichkeitserklärung beantragten. Diesem Antrag wurde noch am selben Abend stattgegeben. Eine unter dem Personal vorgenommene Urabstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit für den Streik, jedoch nicht die nach den Satzungen der Gewerkschaften für einen Streikbeschluss erforderliche Dreiviertelmehrheit. Von den 21 902 Beschäftigten bei der BVG hatten sich 18 537 an der Abstimmung beteiligt, 3 993 stimmten für Annahme der neuen Lohnregelung, 14 471 erklärten sich für den Streik und 73 Stimmen waren ungültig. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses sahen sich die Funktionäre des uns angeschlossenen Gesamtverbandes veranlasst, zu erklären, dass kein Streikbeschluss vorliege. Zur gleichen Stunde wurde jedoch in einer von der kommunistischen "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" veranstalteten Betriebsversammlung das Abstimmungsergebnis als eine Entscheidung für den Streik verkündet und mitgeteilt, die nationalsozialistische Betriebsorganisation würde sich diesem Streikbeschluss anschliessen.

Am 4. November kam es dann zu einer völligen Lahmlegung des Strassenbahn-, Omnibus- und Untergrundbahnverkehrs. Einige Strassenbahnwagen, welche die BVG in den Verkehr zu bringen versuchte, wurden schwer beschädigt; es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden, sodass es 3 Tote und viele Verletzte gab. Die Direktion der BVG hat im Laufe der vorangegangenen Nacht den Wortlaut des Schiedsspruchs und seine Verbindlichkeitserklärung an den Plakatsäulen anschlagen lassen und ihre Arbeiterschaft aufgefordert, sich bis 14 Uhr zur Arbeitsaufnahme in ihren Dienststellen zu melden. Durch die Verbindlichkeitserklärung sei nach den gesetzlichen Bestimmungen ein rechtsgültiger Lohnvertrag zustande gekommen. Ein Streik gegen einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch sei Vertragsbruch. Wer der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit keine Folge leiste, werde fristlos entlassen. Der Berliner Polizeipräsident hat zur gleichen Zeit vom preussischen Innenminister den Auftrag erhalten, alle Massnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen und der Verkehrseinrichtungen zu treffen. Diese Einschüchterung hat ihren Zweck nicht verfehlt: vom 5. November ab wurde der Verkehr allmählich wieder aufgenommen und man kann sagen, dass er sich am 8. schon wieder in gewohnter Weise abwickelte. Inzwischen sind aber zahlreiche Bedienstete entlassen worden. Die freien Gewerkschaften, unter Führung des Gesamtverbandes, haben am 9. November mit der Direktion der BVG verhandelt und gegen die Entlassungen protestiert. Diese Verhandlungen hatten zunächst das Ergebnis, dass die Direktion der BVG sich bereit erklärte, sofortige Nachprüfungen vorzunehmen und sie stellte Wiedereinstellungen in Aussicht, soweit es die Verkehrs- und Betriebsverhältnisse irgend zulassen.

Ein Erfolg für die Strassenbahnbediensteten von San Fernando-Spanien. (ITF) Die Anstrengungen des Personals der Strassenbahnen von San Fernando-Cadiz waren von einem schönen Erfolg bekrönt. Es ist ihm gelungen, eine Lohnerhöhung von einem halben Peseten pro Tag durchzusetzen; ferner werden künftig pro Jahr 4 000 Peseten an die Unterstützungskasse der Gewerkschaft überwiesen; ferner erfolgt künftig die Beförderung entsprechend dem Dienstalter und wird den Aufsichts- und Verwaltungsbediensteten zur Pflicht gemacht, sich der Gewerkschaft anzuschliessen. Ausserdem wurde dem Personal eine Erhöhung des Überstundenzuschlages sowie ein freier Tag zur Beibehaltung von Sitzungen der Paritätischen Kommission, oder bei Tode naher Verwandten, dies auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über den Arbeitsvertrag, gewährt.

Ein Streik in den Transportbetrieben von Krakau - Polen. (ITF) "Robotnik", das Organ der polnischen Sozialdemokratie vom 9. November berichtet über einen Arbeitskampf, der in den Transportbetrieben Krakaus ausgebrochen ist. Danach stand der Transportarbeiterverband schon seit etwa 2 Monaten mit dem Arbeitgeberverband der Spediteure wegen Abschluss eines Kollektivvertrages in Verhandlungen, die aber infolge des Widerstandes der Unternehmer zu keinem Ergebnis führten. In einer am 6. November abgehaltenen Versammlung haben nun die betreffenden Arbeiter beschlossen, auf dem Wege des Streiks ihre berechtigten Forderungen zu erzwingen. Der Streik wurde noch am selben Tage erklärt. 600 bei den Krakauer Speditionsbetrieben beschäftigte Arbeiter sind in den Kampf verwickelt. Das genannte Blatt schreibt hierzu: "Die Solidarität und Begeisterung, womit der Kampf geführt wird, bürgen für den Sieg".

Vom Streik bei der Berliner Kraftag. (ITF) Inzwischen erhielten wir von unserem deutschen "Gesamtverband" näheren Aufschluss über diesen Streik. Danach ist der am 21. v. M. von den Kommunisten und Nazis erklärte Streik bei dem genannten Kraftdroschkenbetrieb, der 750 Wagen im Verkehr hat, am 27. Oktober ohne jeden Erfolg zusammengebrochen. Der Gesamtverband hatte mit der Streikbewegung nichts zu tun; im Auftrage seiner Mitglieder hat er schon am 18. Oktober mit der "Kraftag" ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, sodass er daran gebunden war. Während des Streiks haben die Mitglieder des Gesamtverbandes, soweit sie nicht durch Terror der Streikenden daran gehindert waren, ihren Dienst ausgeübt. Unsere Organisation betont, dass die Kommunisten und Nazis die Kraftdroschkenfahrer in

gewissenloser Weise aus den Betrieben herausgelockt haben nur um Wahlparolen für den Reichstagswahlkampf zu beschaffen.

Lohnabbau bei den Kohlenarbeitern Grossbritanniens. (ITF) Ab 1. Januar 1933 werden die Löhne der Kohlenarbeiter in den verschiedenen englischen Häfen um 5% verkürzt. Zunächst haben die Arbeitgeber eine 10%ige Lohnherabsetzung verlangt.

#### SEELEUTE

Die Ratifizierung der internationalen Konventionen über die Rettung Schiffbrüchiger und über die Ladelinien. (ITF) Vor kurzem hat der englische Handelsminister erklärt, die internationale Konvention über die Rettung Schiffbrüchiger, angenommen im Jahre 1929, und die Konvention über die Ladelinien, angenommen i. J. 1930, seien am 1. Oktober von Grossbritannien formell ratifiziert worden und fänden ab 1 Januar 1933 international Anwendung.

Folgende Länder haben die Konventionen bereits ratifiziert oder sich bereit erklärt, sie am 1. Oktober zu ratifizieren:  
Rettung Schiffbrüchiger: Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien.  
Ladelinien: Dänemark, Finnland, Frankreich, Kanada, Lettland, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Portugal, Russland, Schweden, Spanien, Vereinigte Staaten.

Der Reeder denkt, der Seemann lenkt. (ITF) Eine Mitteilung in der "Hansa", der deutschen Schifffahrtszeitschrift, wonach die Heuern der Besatzungen dänischer Schiffe, die aufgelegt und wieder in Verkehr gesetzt wurden, um 10% herabgesetzt werden sollen, hat uns veranlasst, bei dänischen Genossen diesbezüglich Erkundigungen einzuholen. Sie teilten uns mit, dass die Reeder schon in April veranlaßt hatten, die Heuern herabzusetzen. Ihre Bemühungen hatten nur die Zustimmung der Offiziere zu Folge; die Seeleute haben jedoch eine Heuerherabsetzung in jeder Form abgelehnt.

Fortschritte des finnländischen Seeleuteverbandes. (ITF) Trotz der ungünstigen Lage in Finnland, wo die Lappo-Bewegung vornehmlich gegen die Gewerkschaftsbewegung kämpft und dadurch die Propaganda erschwert, macht die Gewerkschaftsbewegung gute Fortschritte. Der der I.T.F. angeschlossene finnische Seeleuteverband konnte im Laufe der ersten drei Quartale dieses Jahres 356 neue Mitglieder einschreiben. Auf der Mehrzahl Schiffe für lange Fahrt ist die gesamte Besatzung (Deck- und Maschinenpersonal) organisiert. Es sind erfreuliche Anzeichen in einem Lande, wo die Arbeiterklasse einen schweren Kampf gegen die Reaktion führen muss.

#### Unsere Beilage.

In der Beilage zu dieser Nummer veröffentlichen wir einen Bericht über den Verband britischer Kleinhandelsbediensteter. Wie immer wird die Beilage nur den angeschlossenen Organisationen und den Redakteuren ihrer Organe zugeschickt.